

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: 20 Pf. pro Woche, 1 Mark 20 Pf. pro Monat, 10 Mark 20 Pf. pro Jahr. Bestellungen nehmen die Auslieferung und die Anzeigenverwaltung entgegen. — Druckort: Auer, Druckerei: Auer, Nr. 22, Telegraphenamt: Erzgebirge.

Bezugspreis: Die Abonnementspreise für den Anzeiger sind für den Monat 12.00 Mark, für den Vierteljahr 28.00 Mark, für den halbjährigen 52.00 Mark, für den jährlichen 100.00 Mark. Bei größeren Abnahmen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 230

Montag, den 2. Oktober 1922

17. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. Aßh, M. d. R.

Auf dem Balkan fangen die Throne und die Kronen an zu wackeln. Konstantin mit seinem vielbewegten Schicksal wird endgültig den modernen Weg der Monarchen gehen. Aber auch der Sultan, der Königl. Herrscher von Jugoslawien und der Zar von Bulgarien scheinen nicht mehr ganz fest zu sitzen. Überall wirt es. Blutiger Aufruhr herrscht in Griechenland, in Bulgarien und in Albanien, und niemand vermag zu sagen welche Ausbreitung das an allen Ecken und Enden ausflimmende Feuer nehmen wird. Die bevorstehende Friedenskonferenz wird schwere und verwickelte Arbeit haben, wenn sie überhaupt in absehbarer Zeit zustande kommt. Wohl hat die Entente in ihrer Einladung an die Türken nicht nur in der Form, sondern auch im Inhalt ganz erhebliche Zugeständnisse an den Nationalstolz der Türken gemacht, aber solche Versprechungen zur Erzielung eines Waffenstillstandes sehen bei der Entente bekanntlich nicht hoch im Kurs, man braucht nur an die 14 Punkte Wilsons zu denken. Kemal Pascha aber ist ein gelehriger Schüler Englands und Frankreichs, das zeigen die von ihm den Griechen gegenüber vorgeschlagenen Waffenstillstandsbedingungen. Es ist bezweifellos durchaus wahrscheinlich, daß zunächst einmal von türkischer Seite Forderungen für eine wirkliche Durchführung des Zugeständnisses verlangt werden.

Daß Rußland auch weiterhin im Hinterland der Türkei sich zu den bevorstehenden Friedensverhandlungen anmeldet, erleichtert die Lage durchaus nicht. Die schwierigste Komplikation aber ergibt sich aus der Tatsache, daß auch der Thron des ungeliebten Königs von England zu wackeln beginnt. Lloyd George sitzt nicht mehr fest im Sattel. Wenn man auch die jüngsten Ereignisse nicht allzu tragisch zu nehmen braucht, bei denen einige Dschorer Studenten den britischen Premier auf offener Straße insultierten, so zeigt sich doch in einem erheblichen Teile der britischen Presse und damit der öffentlichen Meinung ein hartes Urteilen von Lloyd George. Das englische Volk ist politisch zwar ausgeglichen erzoogen und disziplinierter, und es gerät keineswegs, wie so viele Kreise bei uns, angesichts des vorübergehenden Wühlens irgendeiner politischen Aktion in Verwirrung. Über was in den letzten Monaten die britische Politik an Rückschlägen erlitten hat, geht doch nicht dem Engländer zu weit. Überall ist in den letzten Wochen in dem Auseinanderbrechungsverfahren zwischen Frankreich und England Lloyd George als offenkundiger Sieger hervorgegangen, und das Prestige Englands hat hierdurch außerordentlich gelitten; dies ist insbesondere von seiner jetzigen Haltung der Türkei gegenüber, die eine sehr unliebsame Stimmung in den britischen Gebieten des Islams ausgelöst hat. Bei dieser Sachlage gewinnt die Wahrscheinlichkeit Raum, daß sich England in kürzester Frist vor eine Regierungskrisis und vor Neuwahlen zum Parlament gestellt sehen wird. Für Deutschland wäre eine solche Entwicklung um deswillen unglücklich, weil dadurch ein neues Element der Ungewißheit in die außenpolitische Konstellation für Deutschland gebracht werden müßte, und weil sich dann weniger denn je übersehen läßt, ob und in welchem Verlauf die erhoffte Konferenz zur endgültigen Nachprüfung unserer Reparationsleistungen zustande kommen wird.

Unser Wirtschaftsleben drängt mit immer stärkerer Notwendigkeit zu einer endgültigen Lösung des Reparationsproblems. Die einstweilen gewährte Stundung ist zwar ein Nachlassen der sprunghaften Entwertung unserer Währung gebracht, irgendeine Besserung aber in unserem Wirtschaftsleben ist nicht zu verzeichnen. Die Ungewißheit über das deutsche Schicksal läßt die Welt nach wie vor mit ihrem Vertrauen in die deutsche Zukunft sehr sparsam umgehen. Unter diesen Umständen muß man nach wie vor dem kommenden Winter mit größter Sorge entgegensehen.

Schwerer noch und drängender als bei uns sind jetzt die Sorgen in der benachbarten Tschechoslowakei geworden. Die Industrie, vor allem der nordböhmischen Gebiete, kommt täglich mehr zum Erliegen. Die Industrie in der Tschechoslowakei wird erstikt durch die Valuta des Landes. Es ist aber anzunehmen, daß die Korrektur dieser widersinnigen wirtschaftlichen Verhältnisse doch aus ihnen selbst heraus erfolgen wird. Wenn die wirtschaftliche Krise anhält, werden politische Erschütterungen nicht ausbleiben; schon können sich solche an vereinzelten Orten an, treten sie dann erst deutlicher erkennbar auf, so wird die tschechische Valuta zweifellos sinken und dann wird ein neuer Antriebs für die Industrie zu exportfähiger Produktion gegeben sein. Trotz der schweren Sorgen, in der gerade die Deutschen jetzt in Böhmen leben, haben sie doch gerade in der letzten Zeit ein überaus reiches Angebot an Hilfsleistungen gegenüber der tschechischen Bevölkerung gegeben. Das bei

deutsch-demokratischen Freiheitspartei angehörige Mitglied des Abgeordnetenhauses Karl Kostka aus Reichenberg hat in einem öffentlichen Aufruf alle Deutschen in der Tschechoslowakei aufgefordert, zu einer Spende für reichsdeutsche Kinder in den Hauptstädten und in den Grenzstädten. Ueber die endgültige Zuteilung soll Gerhard Hauptmann entscheiden, dem dieser Hilfsfonds zum 30. Geburtstag zur Verfügung gestellt wird. Die hochherzige Bestimmung, die aus diesem Vorgehen spricht, ist der beste Beweis, daß es in Deutschböhmen doch weite Kreise von Volksgenossen gibt, die nicht nur für reichsdeutsche Waren, sondern auch für reichsdeutsche Sorgen woffes Verständnis haben. Dergleicher Dank der aus dem Fonds Bedachten wird dem Urheber des schönen Gedankens und den Spendern sicher sein.

Das Bild der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands wurde in der letzten Woche durch die in Nürnberg vollzogene Vereinigung der Mehrheitssozialdemokratie und der unabhängigen Sozialdemokratie zur vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beherrscht. Es wird sich sehr bald zeigen, welche Auswirkungen diese Vereinigung auf Parlament und Regierung haben wird. Es wäre voreilig, nach der Paradedarstellung der Vereinigung eine Kritik der Wirkungen schon jetzt abgeben zu wollen. Als eine Verkürzung der politischen Kampffront und als eine Konsolidierung der Arbeiterbewegung darf diese Vereinigung jedenfalls schon heute mit Genugtuung begrüßt werden.

Aktive deutsche Handelsbilanz im August.

Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichsamts über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels wurden im August eingeführt 46,8 Millionen Doppelzentner im Werte von 66,8 Milliarden Mark, aus Deutschland ausgeführt 14,1 Millionen Doppelzentner im Werte von 60,3 Milliarden Mark. Gegenüber dem Vormonat ist mengenmäßig die Einfuhr um 1,2 Millionen Doppelzentner gesunken, wertmäßig um 10,7 Milliarden Mark. Die Ausfuhr ist mengenmäßig um 2,3 Millionen Doppelzentner zurückgegangen, wertmäßig hat sie um 24,8 Milliarden Mark zugenommen.

Die Verschiebung im Verhältnis der Mengen und Werte zueinander und die zahlenmäßige Wertzunahme, die besonders auf der Ausfuhrseite in Erscheinung tritt, beruht in erster Linie auf den Folgen der starken Wertentwertung im August. In der Einfuhr weisen die verhältnismäßig hochwertigen Waren, besonders verschiedene Nahrungsmittel und Rohstoffe, einen erheblichen mengenmäßigen Rückgang auf. Zugenommen hat dagegen besonders die Einfuhr geringwertiger Waren, wie Baum- und Kuppelholz, Steinkohle, Koks usw. Bei der Ausfuhr betrifft der Mengenrückgang hauptsächlich geringwertige Waren wie Steinkohle, Koks, Kalksäge, Eisenwaren, während höherwertige Waren, von denen Automobile, Maschinen, Papierwaren und Wehl (dieses für das Saargebiet und Pommern-Oberpommern) genannt seien, in vermehrtem Maße ausgeführt worden sind. Der wertmäßige Ausfuhrüberschuß ist außerdem noch besonders dadurch hervorgerufen, daß die Entwertung der inländischen Valuta auf der Ausfuhrseite stärker und schneller zum Ausdruck kommt, als auf der Einfuhrseite. Infolgedessen erscheinen in einer Zeit rasch gesunkener Inlandswährung, wie im Berichtsmonat die Einfuhr wertmäßig kleiner und die Handelsbilanz aktiver, als sie tatsächlich waren. Die Tatsache, die besonders für die August-Ergebnisse infolge des starken Wertsturzes von erheblicher Wirkung gewesen ist, darf bei Beurteilung dieser Ergebnisse mit ihrem zahlenmäßigen Ausfuhrüberschuß von 8,7 Milliarden Mark nicht außer Betracht gelassen werden.

Die dreijährige Tätigkeit der Technischen Nothilfe.

Am 30. September 1922 blühte die Technische Nothilfe auf das dritte Jahr ihres Bestehens zurück. In weitaus größerem Umfange als in den vorhergehenden Jahren mußte sie in diesem Jahre in lebenswichtigen Bezirken zum Wohle der Allgemeinheit eingreifen. Während im ersten Jahre 562, im zweiten 486 Einsatzstellen mit 20.281 bzw. 9727 Nothelfern gemißt wurden, mußte im nunmehr abgelaufenen dritten Jahre die Technische Nothilfe an rund 890 Stellen mit zusammen 28.000 Nothelfern eingreifen. Insgesamt hat sie demnach während der drei Jahre ihres Bestehens an rund 2000 Stellen mit rund 59.000 Nothelfern tätig sein müssen und dabei die Zahl von rund 8.070.000 Arbeitsstunden geleistet. Während die Tätigkeit der Technischen Nothilfe in erster Linie dem Schutze der Bevölkerung vor unmittelbaren Folgen eines Streiks in lebenswichtigen Betrieben gilt und sich nicht in Bittern ausdrücken läßt, lassen sich die Werte der erhaltenen Lebensmittel zu einem Teile zahlenmäßig feststellen. Sie betragen innerhalb der drei Jahre des Bestehens folgende Mengen:

Im Reich wurden von der Technischen Nothilfe 57.900 Zentner vor dem Verderben bewahrt, an Kartoffeln 281.000 Zentner und an Getreide rund 150.000 Zentner. Insgesamt halfen die durch Einsatz der Tech-

nischen Nothilfe dem Verbrauch erhaltenen und zugewandten Nahrungs- und Futtermittel bei einem Dollarkurs von 1400 einen Gesamtwert von 18 Milliarden Mark dar. In dieser Summe sind die von der Technischen Nothilfe im Eisenbahnverkehr geretteten Werte noch nicht berücksichtigt.

Die Zahl der Orts- und Landesgruppen ist von 1100 im Jahre 1921 auf 1500 in diesem Jahre gestiegen. Der unpolitische Charakter der Organisation kommt deutlich darin zum Ausdruck, daß die Angehörigen der arbeitenden Berufe, wie Arbeiter, Landwirte, Techniker, in steigendem Maße der Technischen Nothilfe beitreten.

Das Gesetz gegen die Not der Presse

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich am Freitag mit dem Entwurf der Verordnung gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. Einstimmig wurde folgende Fassung des § 14 vorgeschlagen: Rückvergütungen auf Druckpapierpreise sind an die Verleger der deutschen Zeitungen und Zeitschriften, die politischen und wissenschaftlichen Charakter tragen, wie der deutschen religiösen Sonntagsblätter zu zahlen. Unterstützungsberechtigt sind ferner die offiziellen Organe der allgemeinen und fachlichen Berufsvertretungen, soweit sie nicht durch Anzeigen oder andere Quellen ihre Selbstkosten decken. In Zweifelsfällen entscheidet der Verwaltungsrat über die Unterstützungsberechtigung endgültig. Ferner wurde beschlossen, daß außer den in der Verordnung Genannten der Berufsverein des deutschen Buchhandels einen Vertreter und ferner der Reichswirtschaftsrat im Einvernehmen mit den betreffenden Organen je einen Vertreter der Fachpresse und der wissenschaftlichen Zeitschriften in den Verwaltungsrat zu entsenden hat. Mit allen gegen 5 Stimmen wurde folgende Entschlüsselung Bernbard angenommen: Auf Rückvergütungen haben nur solche Verleger Anspruch, die die Verpflichtungen aus den Lohnartikeln der Arbeiter, Angestellten und Redakteure erfüllen. Mit diesen Abänderungen wurde die Verordnung einstimmig gebilligt. Vertreter der Arbeitgeber und von der Regierung ernannte Mitglieder brachten dabei zum Ausdruck, daß sie das Gesetz nach wie vor für eine wirtschaftspolitisch verfehlt Maßnahme betrachten, weil nichtwirtschaftlich arbeitende Gewerbe durch Beihilfen nicht gehalten werden können.

Wachsende Kriegsgefahr im Orient

Minimum des Generals Harrington an Kemal Pascha.

Die Lage wird als sehr ernst angesehen. Angesichts der Zusammenziehung türkischer Truppen vor Tschana sind neue Wellungen an General Harrington abgegangen, nach denen er Kemal Pascha zum letzten Mal zum Zurückziehen seiner Truppen auffordern soll. Die Regierung verspricht Harrington ihre volle Unterstützung bei allen Schritten, die er für erforderlich hält. Harrington hat daraufhin an Kemal Pascha eine ultimative Note geschickt. In Paris wurde gleichzeitig aus London eine Mitteilung gefandt, in der die Anweisung an Harrington gerechtfertigt und die gemeinsame Entsendung von alliierten Truppen ins Marmarameer vorgeschlagen wird.

Lloyd Georges Privatsekretär hat Journalisten erklärt, daß England entschlossen sei, nicht zurückzuweichen und sich auch durch den französischen Widerspruch nicht beeinflussen lassen werde. Die englische Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß die Türken den Waffenstillstand vom Oktober 1918 automatisch gebrochen haben, wenn sie nicht sofort die neutrale Zone räumen. Damit wäre dann der Kriegszustand zwischen Großbritannien und der Türkei wiederhergestellt.

Die ganze neutrale Zone besetzt.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel haben die türkischen Nationalisten jetzt ihre Besetzung der neutralen Zone am Südufer der Dardanellen völlig durchgeführt. Die gesamte Gegend mit Ausnahme von Tschana, sei besetzt. Die türkische Kavallerie sei durch Infanterie verstärkt und warte die weitere Entwicklung ab.

Rußlands Interesse am Bosphorus.

Der russische Delegierte Litwinow, der von der Sowjetregierung gewöhnlich mit wichtigen Missionen ins Ausland betraut wird, ist heute in Berlin eingetroffen und hat einen Mitarbeiter der Vossischen Zeitung zu einer Erklärung ermächtigt, in der hervorgehoben wird, daß Rußland großes Interesse daran habe, einen Krieg im Osten zu vermeiden. Die Sowjetregierung werde alles daran setzen, ihren Einfluß im Sinne einer friedlichen Beilegung des Konfliktes geltend zu machen. Das könne aber nur geschehen, wenn die Großmächte das starke Interesse Rußlands in dieser Frage anerkennen. Rußland könne unmöglich einer solchen Lebensfrage, wie es der Bosphorus sei, gleichgültig gegenüberstehen, es müsse vielmehr mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für eine Teilnahme an der Lösung dieser Frage eintreten. Die Entscheidung von England, Frankreich und Italien, die in Paris gefallen sei, habe sicherlich dazu beigetragen, daß die Kräfte sich schärfer zugespitzt habe. Zwischen Moskau, Tartow und Angora herrsche volles Einvernehmen über die Regelung der Bosphorusfrage.